

Interview
2. Mai 2022

Barbara Schmidt-Mattern im Gespräch mit Alice Schwarzer

Barbara Schmidt-Mattern: Viele Prominente aus Deutschland, darunter Alice Schwarzer, aber auch der Schriftsteller Martin Walser, haben am Freitag einen offenen Brief an Bundeskanzler Olaf Scholz veröffentlicht und an den Kanzler appelliert, weder direkt noch indirekt schwere Waffen an die Ukraine zu liefern, um dem russischen Präsidenten Wladimir Putin kein Motiv für eine Ausweitung des Krieges auf die NATO-Staaten zu geben, konkret die Warnung vor einem Dritten Weltkrieg. Vielmehr möge Scholz dazu beitragen, dass „es so schnell wie möglich zu einem Waffenstillstand kommen kann, zu einem Kompromiss, den beide Seiten akzeptieren können.“ – Ich kann darüber, über diesen Brief und die Unterstützung für den Kanzler jetzt mit einer der Unterzeichnerinnen sprechen. Am Telefon ist die Herausgeberin der Zeitschrift Emma, Alice Schwarzer. Guten Morgen, Frau Schwarzer.

Alice Schwarzer: Guten Morgen, Frau Schmidt-Mattern.

Schmidt-Mattern: Ich habe eben schon aus Ihrem offenen Brief zitiert. Nennen Sie uns vielleicht kurz in Ihren eigenen Worten: Was ist das Ziel, Ihre Absicht dieses Briefes?

Schwarzer: Es geht um zwei sehr heikle Punkte. Zum einen fragen wir uns, wie zwingend die weitere Zerstörung der Ukraine und die Tausenden von Toten sind, ob man nicht die am Ende auf jeden Fall anstehenden Verhandlungen – anders kann man den Krieg ja gar nicht beenden -, ob man das nicht intensivieren kann und ob das nicht rascher gehen kann, damit das Leid in der Ukraine nicht noch so unendlich eskaliert.

Zum zweiten sind wir an einem Punkt angekommen – und das ist ja kein Geheimnis; darüber müsste aber vielleicht deutlicher aufgeklärt werden -, an dem Deutschland und ganz Westeuropa riskiert, Kriegspartei zu werden. Wo verläuft da die Linie? Das liegt ziemlich im Nebel und das wird letztendlich der Kreml entscheiden, nicht wir. Gedroht wird zunehmend. Auch der Außenminister Lawrow hat vor einigen Tagen gesagt, dass wir kurz davor sind und dass dann Atomschläge und ein Weltkrieg droht, ein Dritter Weltkrieg. Das nutzt niemandem und das müssen wir alles sehr ernstnehmen.

Schmidt-Mattern: Lassen Sie die Ukraine im Stich, Frau Schwarzer?

Schwarzer: Nein, ganz im Gegenteil. Ich denke ja auch, dass es in der Ukraine sehr vielfältige Stimmen gibt. Da werden nicht alle einer Meinung sein.

Schmidt-Mattern: Wie meinen Sie das, da werden nicht alle einer Meinung sein? Die Ukrainer, auch gerade die Bevölkerung und die Gesellschaft zeichnen sich ja gerade in diesen Tagen und Wochen dadurch aus, dass sie sehr eng beieinander

geschlossen sind und auch die Bevölkerung voll hinter dem Kurs ihrer Regierung steht.

Schwarzer: Das ist großartig, wie die Ukraine sich wehrt, dass sie es geschafft hat, die russische Armee nicht nur zu stoppen, sondern zurückzudrängen und so weiter. Das ist sehr bewundernswert. Nur wissen Sie, Frau Schmidt-Mattern, wir sitzen hier auf dem Balkon und gucken unten ins Schlachtfeld. Wir sterben nicht. Die Tatsache, dass alle männlichen Menschen zwischen 18 und 60 das Land nicht mehr verlassen dürfen und zwangsrekrutiert sind, das ist natürlich eine ernste Sache. Ich vermute, dass drei von vier dieser Männer noch nie in ihrem Leben ein Gewehr in ihrer Hand hatten. Der Preis ist sehr hoch und ich denke, da müssen wir uns alle fragen – und die Ukraine natürlich vorweg -, wie kann man diesen extrem hohen Preis kleiner halten.

Wir 28 Unterzeichner sagen, wir müssen maximale humanitäre Hilfe der Ukraine leisten.

Schmidt-Mattern: Aber keine Waffen liefern?

Schwarzer: Doch! Es steht ja im Brief.

Schmidt-Mattern: Ich wollte es nur noch einmal klarstellen. – Vielleicht geben Sie mir Gelegenheit, eine Frage zu stellen.

Schwarzer: Lassen Sie es mich kurz zu Ende sagen. Wir müssen maximal Waffen liefern zur Verteidigung. Wir müssen uns aber bei Angriffswaffen die Frage stellen, ob wir damit nicht das Drama eskalieren.

Schmidt-Mattern: Frau Schwarzer, Ihre Kritiker*innen interpretieren Ihren offenen Brief als Aufforderung an die Ukraine, gegenüber dem Kreml zu kapitulieren. Ist das ein Missverständnis?

Schwarzer: Ja, natürlich ist das ein Missverständnis. Sehen Sie mal, wir sind ja nicht allein. Wir sind 28 ...

Schmidt-Mattern: Wie kommen denn Ihre Kritiker auf diesen Eindruck?

Schwarzer: Wenn Sie mich nur antworten lassen. Sie haben es ja gerade gefragt. – Wir sind 28 sehr unterschiedliche Menschen, die unterzeichnet haben, aber wir sagen das, was die Hälfte der deutschen Bevölkerung denkt. Die Umfragen sagen uns, dass unser Land geteilt ist. Die Hälfte der Bevölkerung, 45 Prozent oder wieviel auch immer in der Richtung, sind für weitere Lieferungen schwerer Waffen. Die andere Hälfte ist dagegen und darüber muss man jetzt doch in aller Ruhe – das ist doch eine ganz ernste Sache – diskutieren können, ohne in den Verdacht zu geraten, schofel zu sein und die Ukraine im Stich zu lassen.

Schmidt-Mattern: Sie setzen ja unter anderem auf eine humanitäre Lösung, auf Gespräche, auch auf einen Waffenstillstand. Sprechen Sie damit den Ukrainerinnen und Ukrainern nicht das Recht ab, sich selbst zu verteidigen?

Schwarzer: Aber nein, keineswegs! Wissen Sie, wir haben inzwischen 140.000 Unterschriften auf Change.org innerhalb von noch nicht einmal drei Tagen,

zweieinhalb Tage. Das zeigt, wie viele Menschen es dringlich finden, auf Verhandlungen zu drängen. Die einzige Antwort auf den Krieg kann ja nur sein zu verhandeln. Die Ukrainer machen das, was sie für richtig halten.

Schmidt-Mattern: Lassen Sie mich da bitte noch mal nachhaken, Frau Schwarzer. Sie sagen, der einzige Weg kann sein zu verhandeln. In welcher Reihenfolge soll das denn geschehen? Wir liefern jetzt weiterhin Waffen und setzen als Westen darauf, dass die Ukraine durch die Unterstützung der NATO sich gegen Russland zur Wehr setzen kann und dann in der Position ist, Gespräche aufzunehmen, oder wollen Sie einen sofortigen Waffenstillstand?

Schwarzer: Nein, ein sofortiger Waffenstillstand kann ja nicht sein, weil offensichtlich die Verhandlungen noch nicht soweit sind. Ich kann natürlich nur hoffen, dass permanent verhandelt wird und dass man fieberhaft in dieser dramatischen Situation nach einer Einigung sucht.

Was wir sagen wollen ist: Ja, uneingeschränkte Unterstützung für die verbrecherisch überfallene Ukraine, aber gleichzeitig forcierte Suche nach einer Lösung, die keine militärische mehr ist. Waffen ja zur Verteidigung, aber bei Angriffswaffen, Frau Kollegin, müssen wir uns die Frage stellen, kann das jetzt schon von Russland interpretiert werden als Beteiligung am Krieg, und da besteht die Gefahr – und das ist kein Scherz, glaube ich; das ist nun ernsthaft mehrfach angekündigt worden -, dass wir in einen Dritten Weltkrieg reinrutschen, und das kann auch der Ukraine nicht dienen. Darum geht es.

Schmidt-Mattern: Frau Schwarzer, wenn ich Sie richtig verstehe, sprechen Sie sich für Defensivwaffen aus, aber nicht für Angriffswaffen an die Ukraine. Hören wir dazu mal, was AfD-Co-Fraktionschef Tino Chrupalla vergangenen Donnerstag im Bundestag gesagt hat.

O-Ton Tino Chrupalla: „Die Fraktion der Alternative für Deutschland im Bundestag spricht sich ganz entschieden gegen die Lieferung von Waffen an die Ukraine aus. Waffen haben Kriege noch nie verkürzt und sind keine humanitären Hilfsgüter. Die Friedensrhetorik muss in den Vordergrund treten, nicht die Kriegsrhetorik.“

Schmidt-Mattern: Frau Schwarzer, wir haben nur noch eine knappe Minute Zeit vor den Nachrichten. Dennoch die Frage an Sie: Worin unterscheidet sich Ihre Argumentation von der der AfD?

Schwarzer: Sie rücken jetzt unseren Brief in die rechte Ecke.

Schmidt-Mattern: Nein, ich rücke nichts in die Ecke! Ich habe nur ...

Schwarzer: Ich weiß es nicht. Ich kenne die Argumentation der AfD nicht im Detail.

Schmidt-Mattern: Die haben wir ja gerade gehört.

Schwarzer: Damit rücken Sie die Hälfte der deutschen Bevölkerung in die rechte Ecke und damit genau soll Schluss sein, und das hat unser Brief schon erreicht, dass man endlich in Ruhe, ohne sich dafür beschimpfen und verdächtigen zu lassen, die Gefahr, die steigende Gefahr für die Ukraine einer totalen Vernichtung und die Gefahr für die ganze Welt bereden kann. Die Debatte ist eröffnet, Gott sei Dank!

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.